

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen die Schulreaktion!

Kampfanfrage des Parteitag.

F. Kl. Heidelberg, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Politik der Sozialdemokratie wurde in ihrer Gesamtheit noch einmal bei der Aussprache über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion aufgerollt. Auch bei dieser Gelegenheit stellen sich die Gegensätze heraus, die hinsichtlich der Beurteilung der politischen Aufgaben der Partei im republikanischen Staat noch immer vorhanden sind. Ledig, Frau Wurm, Sedemich sind die Sprecher jener Richtung, die die Ablehnung jeder Koalitionspolitik fordern und von diesem Gesichtspunkt aus auch die Gesamtpolitik der Partei beurteilen. Ihre Meinungen sind zusammengefasst in einem Antrag, über den namentliche Abstimmung vorgenommen wird, und der insofern eine grundsätzliche Klärung über das Kräfteverhältnis innerhalb der Partei bedeutet. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages mit 285 gegen 81 Stimmen. Danach hat sich also die überwiegende Mehrheit des Parteitages gegen eine Auffassung ausgesprochen, die darauf hinausläuft, das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ wieder aufleben zu lassen. Die sozialdemokratische Politik ist, wie Breitscheid es unter lebhafter Zustimmung gegen die Genossin Wurm formulierte, Staatspolitik im republikanischen Staat, den wir selbst geschaffen haben, den wir ausbauen müssen und den wir in jeder Form zu beeinflussen suchen.

Eine der wichtigsten Fragen, in der dieser Einfluss um so notwendiger ist, als die Gefahr reaktionärer Zusammenstöße naherückt, ist die Frage des Schulwesens. Durch den Reichsschulgesetzentwurf, durch die sogenannten Lehrerbildungspläne verschiedener Länder wird tatsächlich der Versuch gemacht, das Schulwesen, wie es in der Reichsverfassung festgelegt ist, zugunsten der kirchlich-dogmatischen Interessen so wesentlich zu verändern, daß die Zerreißen der Staatschule in Konfessionsschulen naherückt. Es wurde auf dem Parteitag besonders eindringlich von dem Gen. Heinrich Schulz darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen auf Konfessionalisierung der Schule im Widerspruch stehen zu dem Kompromiß, der seinerzeit in Weimar mit dem Zentrum abgeschlossen wurde, mit dem Ziel gegenseitiger Toleranz, da ein gegenseitiges Ueberzeugen nicht möglich sei. Wenn jetzt die deutschnationale beeinflusste Regierung die Gelegenheit wahrzunehmen sucht, das Zentrum durch Konfessionen auf schulpolitischen Gebiet für die wirtschaftliche und politische Reaktion zu tapern, so bedarf das der wachsamsten Aufmerksamkeit der Partei. Der Parteitag fordert deshalb in einem Appell alle Freunde der Demokratie und der Republik, besonders aber die Parteigenossen auf, den deutschnationalen Schulgesetzentwurf der Luther-Schiele-Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen und einer gesunden Schule den Boden zu bereiten.

In einer weiteren Entschließung erklärt der Parteitag: „Der Parteitag sieht im Abbau der Grundschule, im bayerischen Konkordat, dessen Ausdehnung auf das Reich droht, der preussischen Deutschrift zur Lehrerbildung den bewußt systematischen Angriff der Reaktion gegen das Aufstreben des Proletariats. Der Parteitag fordert daher von den Reichstags- und Landtagsfraktionen klare und entschiedene Stellungnahme gegen kulturell-reaktionäre Gesetzentwürfe und Anträge, die den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse fördern und den grundsätzlichen programmmäßigen Forderungen der Sozialdemokratie entsprechen. Der Parteitag fordert von allen Organen der Sozialdemokratischen Partei schärfsten, zähesten Kampf gegenüber allen Angriffen der Reaktion auf die Schule, weitestgehende Aufklärung der Arbeiterschaft und Heranziehung aller in Betracht kommenden proletarischen Organisationen zu einer starken gemeinsamen Kampffront.“

Durch seine Entschließung zu der Schulpolitik will der Parteitag deutlich die Gefahren zeigen, die in der Schulreaktion gerade für die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse verborgen sind. Weiter wird sich zeigen, daß dieser Hinweis überall verstanden und daß der konservative Versuch, die Geschichte rückwärts zu drehen, auf leidenschaftlichste Ablehnung in allen freibeitlich gesinnten Volksteilen stoßen wird.

Nach Erledigung der zum Bericht der Reichstagsfraktion vorliegenden Anträge nimmt Genosse Crispian das Wort zu seinem Referat über die Probleme europäischer Politik in Verbindung mit dem Bericht über die Tagung der Internationalen in Marseille.

Man rechnet damit, daß vielleicht noch am heutigen Nachmittag die Programmkommission ihren inzwischen fertiggestellten endgültigen Entwurf eines Parteiprogramms dem Parteitag unterbreiten wird.

In der heutigen Sitzung wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Danach sind 398 Personen auf dem Parteitag anwesend, darunter 62 Genossinnen. Die Bezirke sind durch 290 Delegierte vertreten, unter ihnen 36 Genossinnen. Von der Reichstagsfraktion sind 26 Mitglieder anwesend. Der Parteivorstand und Parteiauswahlschuss ist vollständig vertreten, die Kontrollkommission durch 9 Personen, darunter 1 Genossin, die Programmkommission durch 3 Beiräte,

davon ebenfalls 1 Genossin. Die Parteistrukturen haben 13 Vertreter entsandt, davon 1 Genossin. Ferner ist 1 Referent anwesend, 16 Gastdelegierte aus Sachsen und 8 ausländische Gäste. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt.

Genosse Keil

erhält sodann das Wort zu seiner Schlussrede über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion:

Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme folgender Resolution, die ein Extrakt meiner Ausführungen darstellt und allgemeine Zustimmung finden dürfte.

„Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung führt zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, insbesondere zu einer Erhöhung der Preise, einer Erziehung der Ausfuhr und einer Einschränkung der Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes.“

Trotz der versprochenen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit dem Auslande, droht der Abbruch der mit vielen Mühen angeknüpften Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge einer solchen kurzfristigen Politik, die in erster Linie den deutschnationalen Parteinteressen dient.

Die Finanzen des Reiches weisen bereits jetzt einen Ueberschuß von mehreren hundert Millionen Reichsmark auf. Er entstand durch die drückende Lastenbelastung durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer. Der Parteitag fordert deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck den Abbau der übermäßigen Steuerbelastung durch Massensteuern zu verlangen und zugleich zu verhindern, daß der Ueberschuß in der

Reichskasse zu ungeheuerlichen Begünstigungen des Besitzes Verwendung findet.“

Die von der Reichsregierung angekündigte Preislenkungsaktion ist lediglich ein Täuschungsmanöver. Wer die Voraussetzungen für Preissteigerungen auf allen Gebieten durch Massensteuern, Zölle und Abschneidung des deutschen Marktes von den billigeren Auslandserzeugnissen schafft, kann nicht gleichzeitig die Preise senken. Die freie Konkurrenz, das wichtigste Mittel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Herstellung normaler Preisverhältnisse ist durch die Zollpolitik der Reichsregierung ausgeschaltet. Der Parteitag fordert deshalb die Parteistrukturen auf, alle Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen.“

Meine Annahme, daß erste Meinungsverschiedenheiten oder gar Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion in den Kreisen der Parteigenossen nicht bestehe, ist durch die Diskussion bestätigt worden. Kritik ist in der Hauptsache nur aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Und da diese abweichende Meinung der Genossin Wurm schon in der Fraktion zum Ausdruck gekommen war, war die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten hier auf dem Parteitag vielleicht überflüssig gewesen. (Sehr wahr!) Im übrigen hat nur der Genosse Priem ernsthaft Kritik geübt. Wenn er meinte, die Fraktion habe den Zollkampf aus politischen Rücksichten auf das Zentrum mit gedämpftem Trommeschlag geführt, so kann man seine Kritik nur aus der Art der Berichterstattung seines Parteiblattes erklären. Sonst bin ich bisher diesem Vorwurf nicht begegnet und er trifft auch nicht zu. Die Partei hat mit größter

Regierungskrise in Sicht.

Die Deutschnationalen gegen die Paktkonferenz. — Einstimmiger Beschluß der DNVP. Ostfachsens nach einem Referat von Hergt.

Die Einladungsnote der Alliierten ist jetzt veröffentlicht. Sie spricht in höflichem Ton die Bitte um baldige Beantwortung aus. Die Reichsregierung wird sich diesem Ersuchen nicht entziehen können. Binnen acht Tagen wird das deutsche Volk, wird die ganze Welt erfahren müssen, ob Deutschland die Einladung zur Paktkonferenz annimmt oder nicht.

In den Augen der ganzen Welt und auch der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ist diese Beteiligung Deutschlands etwas so Selbstverständliches, daß man es gar nicht fassen kann, wie überhaupt noch viel darüber debattiert werden kann. Handelt es sich ja nicht um ein Diktat der Sieger, sondern um einen von Deutschland ausgehenden Vorschlag. Und zwar ist gegenwärtig die gleiche Reichsregierung noch am Ruder, die im Februar das Sicherheitsangebot gemacht hat. Nicht ein Minister ist seitdem aus dem Kabinett ausgeschieden, nicht ein Minister hinzugekommen. Die Parteien, die die Regierungskoalition bilden, sind dieselben. Sie haben mehr als ein halbes Jahr Gelegenheit gehabt, dieser eingeleiteten Außenpolitik die Gefolgschaft zu verlagern; sie haben es nicht getan. Im Gegenteil: nach der französischen Antwortnote vom 16. Juni haben sie die deutsche Antwortnote vom 20. Juli gebilligt; durch ihre Vertreter im Reichskabinett, im Auswärtigen Ausschuss und durch ihre Fraktionen im Plenum des Reichstages. Am 25. Juli erfolgte nach gründlicher außenpolitischer Debatte in voller Kenntnis der Tragweite dieser Entscheidung die Abstimmung über die von Stresemann geforderte Vertrauensresolution:

„Der Reichstag billigt die Außenpolitik der Reichsregierung.“

Unter den 235 Stimmen, die für diesen Antrag abgegeben wurden, befinden sich die Stimmen der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Freilich, die deutsche Antwort machte einige Vorbehalte geltend, die in den Reden sowohl der Kabinettsmitglieder wie auch vor allem des Grafen Westarp besonders unterstrichen wurden. Demnach: der Grundgedanke des Sicherheitsangebots: „Nie wieder Krieg!“, freiwillige Anerkennung der Westgrenze, Verzicht auf Elsaß-Lothringen, wurde von den Deutschnationalen in voller Kenntnis der Sachlage genehmigt.

Hat sich seitdem irgend etwas Wesentliches zuungunsten Deutschlands geändert? Rein! Gewiß: die Gegenseite hat nicht sofort alle Einwände und Gegenanschläge Deutschlands für berechtigt erklärt. Daß sie dem deutschen Standpunkt in verschiedenen Fragen entgegenkommt, ist unzweifelhaft. Im übrigen: mündliche Verhandlungen sind eben dazu da, die weitere Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zu ermöglichen.

Ein hundertprozentiges Durchsehen der deutschen Vorbehalte und Einwendungen war nicht zu erwarten, dessen müssen sich Reichsregierung und Koalitionsparteien schon am 25. Juli bewußt gewesen sein.

Jetzt aber redelliert plötzlich die Deutschnationale

Partei gegen die Teilnahme an der Paktkonferenz. Nach der latenten Sabotagearbeit durch die einzelnen deutschnationalen Organisationen, Verbände und Provinzialblätter tritt die offene Kampfanfrage in den Vordergrund. Während die deutschnationale Berliner Presse heute nach wie vor schweigt und die Einladungsnote kommentarlos wiedergibt, melden sich die Führer der Partei.

In Dresden hat vor der ostfachsischen Parteiorganisation der Deutschnationalen Dr. Ostar Hergt, der zugleich Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist, gestern referiert. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Zustimmung zum Abschluß eines Vertrages, durch den freiwillig in irgendwelcher Form deutsches Land preisgegeben wird oder zum Eintritt in den Völkerbund derzeitiger Gestalt, ist für eine deutschnationale Partei unmöglich. Es ist die Aufgabe der Partei, durch ihre dazu berufenen Vertreter Vertragsannahme und Eintritt in den Völkerbund zu verhindern und besonders durchzusetzen, daß eine Außenministerkonferenz überhaupt nicht befohlen wird, wenn nicht vorher die Erfüllung der wirklich unverzichtbaren Forderung der Deutschnationalen (Rede des Grafen Westarp) durch bindende Zusagen der Ententeemächte zustande und sichergestellt ist. Können die Deutschnationalen dieses Ziel nicht erreichen, so verlangen Selbstachtung und Selbsterhaltungsbetrieb der Partei in gleicher Weise wie der Gedanke an die Zukunft des deutschen Vaterlandes den Austritt aus der Reichsregierung.

Die „freiwillige Preisgabe deutschen Landes in irgendeiner Form“ ist eine klare Anspielung auf Elsaß-Lothringen, also auf die Anerkennung der Westgrenzen von Versailles. Mögen die Deutschnationalen sich jetzt dagegen wenden, es wird ihnen nichts mehr nützen, denn sie haben bereits am 25. Juli durch ihre Annahme der Vertrauensresolution zugestimmt. Mag auch diese Resolution anscheinend noch einige Hintertüren für einen zweiten 29. August offen lassen, so ist ihre Grundtendenz unzweifelhaft: Ablehnung des Sicherheitspakt, Ablehnung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, Ablehnung der Einladung zur Ministerkonferenz.

Wenn man, der „B. Z.“ zufolge, man „an hiesiger maßgebender Stelle“ die Bedeutung dieser Resolution nicht überschätzt, so ist das Vogel-Strauß-Politik gefährlichster Art. In Wirklichkeit befindet sich die Regierung Luther-Stresemann-Schiele schon jetzt in einer schweren Krise, die nur deshalb noch nicht zum Ausbruch gekommen ist, weil die Mitglieder des Kabinetts es für klug hielten, Zeit zu gewinnen und ihre Ferien absichtlich auszudehnen, um nicht zusammenzutreten zu müssen.

Die Dresdener Hergt-Resolution, die sich mit einer ähnlichen Resolution der DNVP in der Hochburg Westarps, im Wahlkreis Potsdam, deckt, ist ein Signal. Die Krise ist in ihr akutes Stadium getreten. In acht Tagen wird das Kabinett Luther vielleicht nicht mehr leben.

schlicher Schärfe diesen Kampf geführt. Allerdings darf sie nicht vorgehen wie der Stier im Porzellanladen. Die taktische Klugheit gebietet ihr die Gegenläufe im gegnerischen Lager auszunutzen. Auch der Antrag Briem, wonach man für Abschaffung der Reichswehr wirken soll, ist wenig durchsichtig. Es würde die Werbestärke der Partei sicher nicht verstärken, wenn wir die Abschaffung auch noch des Heeres von 100 000 Mann, das uns die Siegermächte gestattet haben, in einer Situation fordern würden, wo die Großstaaten Europas, einschließlich Rußlands, bis an die Zähne gerüstet sind. Wenn Briem statt dessen die Einführung einer republikanischen Reichspolizei fordert, so müßte dann dazu die Einstellung der Genossen eine andere sein, als sie in weiten Kreisen der Partei bei Gründung der republikanischen Reichswehr war. (Sehr gut!) Sonst würden wir auch dabei eine republikanische Reichspolizei ohne Republikaner haben. An schärfster Kritik der Reichswehr haben wir es gewiß nicht fehlen lassen, aber die Parteigenossen dürfen auch nicht in jedem Uniformierten ein Werkzeug der Reaktion erblicken. (Sehr richtig!) Wir müssen uns vielmehr bemühen, die Reichswehr zu einem wirklichen Organ der deutschen Republik auszugestalten. (Sehr gut!) Die alte Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ können wir hier nicht mehr anwenden. Eine Ablehnung des Reichswehrretains wäre im übrigen nicht möglich, weil es Sonderabstimmung über einzelne Etats nicht gibt. Bei der Abstimmung des Gesamtetats wird die Fraktion diesmal selbstverständlich mit Rein stimmen.

Ich komme dann zu den übrigen Anträgen. Von einem längeren Antrag Hamburg bitte ich die beiden Abjäger betr. die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und über die Aufhebung der Technischen Ratschüsse anzunehmen. Der dritte Abjäger bezieht sich auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Hierzu empfehle ich die Fassung des inzwischen eingebrachten Antrages Knack-Hamburg. Einige weitere Anträge in bezug auf Handarbeiterfürsorge, Erwerbslosenversicherung, Festlegung von Ferien für alle Arbeitnehmer, Arbeitsgerichtsrecht können der Reichstagsfraktion als Material überwiesen werden, ebenso die Anträge in bezug auf die sozialistischen Kulturforderungen. Anzunehmen wäre der Antrag, der die Gleichstellung der Geschlechter insbesondere im Beamtenrecht verlangt. Dagegen bitte ich, den Antrag von Rheinhausen abzulehnen, der von der Reichs- und Landtagsfraktion fordert, daß sie die lokale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgibt und zum traditionellen Klassenkampf übergeht. Das würde eine Verurteilung der bisherigen Taktik bedeuten. Ein Antrag, der fordert, daß alle Maßnahmen gegen das bauerliche Konkordat erlassen werden, ist eigentlich überflüssig, kann aber andernfalls der Fraktion überwiesen werden. Zur Schulfrage empfehle ich die Fassung des Antrages Müller. Durch seine Annahme werden die Anträge Breslau und Löwenstein zur selben Materie erledigt. Einige Anträge beziehen sich auf landespolitische Fragen: sie wären dem Parteivorstand und der Landtagsfraktion zu überweisen.

Abzulehnen bitte ich einen Antrag Stolzenau, der zur Folge haben würde, daß in den Schulen allmorgendlich ein schwarz-rotes Morgengebete gehalten werden müßte. Verschiedene Anträge in bezug auf die Boden- und Wohnungspolitik, die in der Richtung der bisherigen Tätigkeit der Fraktion laufen, können angenommen werden. Ebenso ein Antrag Hannover betr. den Mieterschutz. Andere Anträge zu diesen Materien sollten der Fraktion als Material überwiesen werden, gleich einem Antrag auf Vereinfachung und Bereinfachung der Vermögensverwaltung aller Sozialversicherungsträger. Abzulehnen bitte ich auch diesmal wieder den Antrag auf Aufhebung des Impfschwanges.

Die Abjäger des Reichstages sind mit den Aufstellungen der Fraktion. Aber wir können uns auf die Zahl nicht festlegen. Daher bitte ich, den Antrag der Fraktion als Material zu überweisen. Anzunehmen wäre der Antrag, der von der Fraktion fordert, daß sie Stellung nimmt gegen die Wünsche einzelner Arbeitergruppen auf Sicherung von Mindestpreisen ihrer Erzeugnisse, und ein weiterer Antrag, der eine vollständige Amnestie aller politischen Gefangenen bestimmter Kategorien fordert. Sämtliche Anträge in bezug auf Strafrechtsreform bitte ich der Fraktion als Material zu überweisen.

Zum Artikel 48 bitte ich, den Antrag Hilferding anzunehmen, der den schleunigen Erlass des betreffenden Ausführungsgesetzes mit der Mahnung fordert, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Willkürbefehlshaber übertragen werden darf. Angenommen werden kann auch der Antrag, der den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland mit allen Mitteln erstreben will. (Zuruf: Mit allen Mitteln!) Diese Worte können gestrichen werden. (Zuruf: Hermann Müller: Mit allen geeigneten Mitteln!)

Der Fraktion als Material zu überweisen empfehle ich die An-

träge zur Prostitutionsfrage, sowie einen Antrag Renscheid, der ein umfangreiches Finanzprogramm aufstellt. Zu den Fragen der Justiz wäre der Antrag Döbber-Reich anzunehmen. Zur Frage der Bekämpfung des Alkoholismus der Antrag Hoch, allerdings unter Streichung des Satzes, der sich gegen jede Vergärung von Nahrungsmitteln wendet, also auch gegen jede Biererzeugung.

Anzunehmen wären auch die Anträge Karnak in bezug auf die Bevölkerungspolitik, Karsten zur Sozialpolitik und Scherpel zum Wahlverfahren im Reichswahlgesetz, sowie auch ein Antrag aus Bielefeld über die Stellung der Partei zur Schutzpolizei, Anträge in bezug auf Berücksichtigung der Wünsche der Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden und auf reichsgesetzliche Regelung der Vermögensauseinandersetzung mit den ehemals landesfürstlichen Familien wären der Fraktion als Material zu überweisen.

Dann liegt noch der politisch bedeutsame Antrag Sendewitz vor. Sendewitz hat sich darüber freuet, daß ich seinem Artikel solche Beachtung geschenkt habe. Darüber empfinde ich heute doppelte Genugtuung aus Gründen menschlichen Mitleids, nachdem ich Zeuge seines mißglückten Versuchs war, zu erklären, was er eigentlich will. (Heiterkeit) Gegen Leut sprechen die Erfolge der von ihm empfohlenen Politik in den letzten Jahren. Die Anhänger der Revolution Sendewitz haben nicht den Mut der Konsequenz: sie müßten nämlich verlangen, daß wir aus der Preußenregierung austreten, auf jede Wachtstellung der Partei im heutigen Staat Verzicht leisten und allen direkten Einfluß lediglich den bürgerlichen Parteien überlassen — und das im Namen des Klassenkampfes. (Größe Heiterkeit.) Aber der Klassenkampf hängt nicht von unserem Willen ab und nicht von Beschlüssen des Parteitag. Der Klassenkampf ist eine geschichtliche Tatsache. Diese Tatsache haben wir nie geleugnet, wir haben nie bestritten, daß die bisherige Geschichte eine Reihe von Klassenkämpfen ist. Aber unsere Politik wird nicht erfolgreicher, wenn in jedem Satz das Wort Klassenkampf vorkommt. Der Antrag Sendewitz will unter Ablehnung der ganzen bisherigen Politik der Partei uns auf verbrauchte Schlagworte festlegen. Wir hingegen wollen in bisherigen Geistes weiter arbeiten und werden es um so erfolgreicher können, je einmütiger die Parteigenossen uns ihre Unterstützung und ihr Vertrauen schenken. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die Anträge durchweg nach dem Antrage des Reichstages erledigt. Die Anträge auf erweiterte Amnestie bittet Reil nachträglich, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion als Material zu überweisen, da heute noch nicht abzusehen sei, wann eine neue Amnestie in Frage komme. Es wird demgemäß beschlossen. Die Resolution Sendewitz wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt. (Beifall.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Völkischer Kassenjammer.

Der Parteitag in der Presse des Gegners.

Verschwunden sind die schönen Zeiten, wo die kleinen Geister der völkischen Bewegung die Sozialdemokratie schon am Boden liegen sahen. Das Echo, das der Parteitag in Heidelberg in der bürgerlichen Presse findet, zeigt, wie sehr auch die Gegner anfangen, mit der wachsenden Kraft der sozialistischen Bewegung zu rechnen. Die „Deutsche Zeitung“ widmet diesen beklemmenden Ermüdungen einen langen Leitartikel. Der Kassenjammer scheint ausgiebig zu sein. Wörtlich schreibt sie:

Täuschen wir uns darüber nicht, die allerschlimmste Gefahr hat die Sozialdemokratie dank unserer Faulheit und Unfähigkeit glücklicherweise überwunden. Rog die Partei auch über ein Zwölftel ihrer Mitglieder verloren haben, und mögen die Gewerkschaften, von den Jugendorganisationen ganz zu schweigen, schließlich zusammengeschmolzen sein, die alte Unternehmungslust und die Zuversicht ist wieder da; Götter ebenfalls. Die selbe schlaue Überlegung, die die Genossen veranlaßt, im rechten Augenblick aus der Regierung auszusteigen, um eine Parteitafelstrophe zu vermeiden, kann in kürzester Zeit dringend dazu raten, sich wieder der Regierung zu bemächtigen. Dann wird aber sicher nicht mehr der alte Fehler wiederholt werden, sondern die Genossen werden aufs Ganze gehen, auf die sozialistische Republik, die Vorstufe zum Sozialstaat.

Täuschen wir uns aber nicht über die Aussichten eines neuen Generalangriffs der Sozialdemokratie. Außenpolitisch hat sie mit bewundernswertem Geschick ihre Last von Verbrechen auf die gegenwärtigen Regierungsparteien abgewälzt. Frohlockend konnten die Genossen mit einem gewissen Recht verkünden, die Regierung Luther verfolge genau die außenpolitischen Richtlinien der früher geschmähten und beschudeten sozialistischen und demokratischen Parti-

en. Kommt der unfellige Sicherheitspost zustande, dann hat die Sozialdemokratie gesiegt, zerbröckelt er sich, ebenfalls. Zwei Fliegen mit einer Klappe. Noch günstiger ist die gegenwärtige innenpolitische Lage für die Sozialdemokratie. Der für die Partei nahezu lebensgefährliche Barmat-Scandal ist so gut wie totgeschwiegen. Das Verhalten der Vaterländischen in dieser Angelegenheit gehört zu den größten Unbegreiflichkeiten. Aus der sicheren Stellung der für Recht und Gerechtigkeit kämpfenden Angreifer haben sie sich in die finstere Deckung schüchternen Verteidiger zurückdrängen lassen. Sie müssen sich wehren, gegen den Vorwurf der Verteilung, und die Barmat-Leute tragen die Lasten höher denn je.

Verteidigen müssen sich die Vaterländischen auch in Sachen der Zölle, der Steuern und der Aufwertungsfragen, obgleich jedes keine „Iind weiß, wo die eigentlichen Schuldigen liegen. Da nun noch aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer ersten wirtschaftlichen Notlage im Winter zu rechnen ist, sehen die Sozialdemokraten bereits die verloren geglaubten hunderttausend Parteimitglieder zurückgekehrt, die ständig zusammengeschmolzenen Gewerkschaften wieder aufgefüllt und die Jugendorganisationen zu neuem Leben erweckt.“

Die Dummheit, die in all dem Geschreibsel zum Ausdruck kommt, ist nach wie vor bewundernswert oder vielmehr bemitleidenswert. Nur das eine haben die Herrschaften bei ihrem fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie doch offenbar langsam kopiert, mit dem Niederreiten ist es vorbei. Die Sozialdemokratie marschiert, die Demagogen haben sich schließlich doch in ihrer eigenen Schlinge gefangen und werden ohnmächtig zu sehen müssen, wie in der Republik schließlich doch die Macht dem Volke und nicht ihnen gehört.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Unterredung, die die deutsche Handelsdelegation am Mittwoch nachmittag im französischen Handelsministerium hatte, wurde ein amtlicher Bericht herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

„Die beiden Delegationen haben ihrer festen Absicht Ausdruck gegeben, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sobald als möglich zu Ende zu führen. Sie haben übereinstimmend anerkannt, daß es zweckmäßig wäre, die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf neuer Grundlage unter Berücksichtigung der vorhergegangenen Arbeiten der Untertommision und der Sachverständigen ins Auge zu fassen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die deutsche Delegation in einer Note die deutschen Forderungen und Angebote auf der von ihr vorgeschlagenen Grundlage bekanntgeben wird. Die französische Delegation wird ihrerseits schriftliche Gegenvorschläge ausarbeiten, woran sich dann die mündlichen Verhandlungen anschließen werden.“

Unter diesen Umständen kehren Staatssekretär Dr. Trendelenburg und seine Mitarbeiter nach Berlin zurück, um mit ihrer Regierung den Text der deutschen Note festzulegen, die zusammen mit der Note der französischen Delegation als Diskussionsgrundlage bei den Verhandlungen dienen soll, die wahrscheinlich Mitte Oktober wieder aufgenommen werden.

Tendenzlügen über Schneidemühl.

Schneidemühl, 16. September. (Ill.) Prof. Dr. Langstein, Direktor und Chefarzt des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hauses in Charlottenburg, der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Kleinkindersterblichkeit, besuchte die von Dr. Westring eingerichtete Säuglings- und Kleinkinderklinik des Optantenlagers Schneidemühl. Er gab folgendes Urteil ab:

„Die gesundheitliche Fürsorge für die Kinder steht durchaus auf der Höhe. Die Klinik ist sowohl ärztlich wie pflegerisch ausgezeichnet versorgt. Alle Fälle werden klinisch mit größter Sorgfalt beobachtet. Die Erfolge sind bei der Schwere der Fälle — ein großer Teil der Kinder kam mit schwerer englischer Krankheit aus Polen — ausgezeichnet zu nennen. Dazu ist die Sterblichkeit nicht größer als in den bestgeleiteten Kinderkliniken.“

Soll Berlin die griechische Statue erwerben?

Von Dr. Bruno Borchardt.

Diese Frage beantwortet Genosse Horlich mit einem entschiedenen Nein. Es ist ja immer sehr bequem, bei der Verwendung von Mitteln für künstlerische Zwecke auf die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage und auf wichtigere Aufgaben der Kommune hinzuweisen. Von bürgerlicher Seite ist das seinerzeit recht kräftig geschehen, als Charlottenburg sich anschickte, das deutsche Opernhaus zu bauen, glücklicherweise ohne Erfolg, und von bürgerlicher Seite erhoben sich auch die ersten Widerstände, als der Ankauf des in Rede stehenden Kunstwerks in der städtischen Kunstdeputation verhandelt wurde. Nun steht Horlich freilich nicht auf dem banauischen Standpunkt, die Stadt solle für die Kunstpflege überhaupt keine Mittel aufwenden, aber er sagt, sie muß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Schaffen der lebenden Künstler fördern, und äußert sich dann recht abfällig über die bisherige Tätigkeit der Kunstdeputation. Es ist jedoch nicht richtig, daß sie sich in der Hauptsache als eine Wohlfahrts-einrichtung betrachtete; nicht einmal bei der Verwendung der ihr im vorigen Etatsjahr als Künstlernotbehelfsfonds überwiesenen 200 000 M. war der Wohlfahrtszweck der allein ausschlaggebende. Kunstpflege ist keineswegs identisch mit Fürsorge für notleidende Künstler. Bei ihren Ankäufen hat die Kunstdeputation sich stets in erster Linie geleiten lassen von dem Bestreben, ein anschauliches Bild der verschiedensten Kunstströmungen, also des gesamten Kunstschaffens der jüngst verfloffenen Zeit und der Gegenwart zusammenzustellen. Das wird sicherlich auch weiterhin so bleiben. Freilich die Kunst, es allen recht zu machen, wird auch die Kunstdeputation nicht lernen.

Nun aber zu der Frage, ob die der Kunstdeputation zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich zur Anregung des Schaffens lebender Künstler dienen sollen. Das ist durchaus nicht der Fall, und es ist ein Irrtum zu glauben, daß, wenn die in Rede stehende Statue nicht gekauft wird, für den Ankauf der Werke lebender Künstler jährlich 50 000 Mark mehr verwendet werden. Zunächst steht noch gar nicht fest, daß die Mittel für den Ankauf (einige Jahre hindurch je 50 000 Mark) aus den Mitteln der Deputation genommen werden sollen; sie können, da die Angelegenheit durch die Stadtverordnetenversammlung entschieden werden wird, ebensowohl besonders in den Etat eingelegt werden. Ferner könnte im Museum für die Beschäftigung dieses einzigartigen Werkes ein kleines Entgelt gefordert werden, das der städtischen Kunstdeputation zuzuführen müßte. Jedenfalls sind bei dem fast eine Milliarde erreichenden Etat Berlins 50 000 Mark einige Jahre hindurch keine Ausgabe, über die man sich zu entsagen braucht. Die wirtschaftliche Notlage hat uns nicht gehindert, die Einföhrung von 50 000 Mark in den diesjährigen Etat zu erzwingen, um Reichsfahnen für alle Schulen anzuschaffen. So wie wir es als eine Schande empfanden, daß man alle möglichen fadenhörnigen Gründe gegen die höchst notwendige Anschaffung anführte, müssen es noch mehr Kunstwerke als im höchsten Grade be-

dauerlich, ja geradezu beschämend empfinden, wenn Berlin sich diese nie wiederkehrende Gelegenheit entgehen läßt, ein ganz einzigartiges Kunstwerk zu erwerben, durch das Berlin als Kunststadt einen ganz besonderen Ruf erringen muß, ähnlich wie Dresden durch die Sigtinische Madonna, wie Paris durch die Venus von Milo, wie London durch den Parthenon-Fries im Britischen Museum. Läßt Berlin diese Gelegenheit unbenuzt, so wird eine nicht ferne Zukunft sie in Kunstdingen nicht mit diesen Städten, sondern mit Schilda vergleichen, und das mit Recht.

Wie wir hören, wird der preussische Staat 200 000 Mark zum Ankauf der Statue beitragen. Ferner wollen Kunstfreunde erhebliche Summen für den Ankauf zur Verfügung stellen, so daß der von Berlin zu leistende Beitrag stark verringert würde.

„Lady Fanny und die Dienstbotenfrage.“

Das ist ein ausgezeichnetes Titel für ein Lustspiel. Spatend und lustig und klingt nach Bernard Shaw. Dieser Klang ist, dem Himmel sei's geglikt, das Einzige, was an Shaw erinnert. Schon nach den ersten Szenen der Komödie merkt man, daß man sich auf eine bedenklich behagliche Breite gefaßt zu machen hat. Der Verfasser, der Engländer Jerome K. Jerome, den sein spitziges und weitverbreitetes Buch „Drei Mann in einem Boot“ über die Grenze seines Landes bekanntgemacht hat, glänzt hier mit seiner eigenen Fähigkeit: auf lebenswürdige Art Langeweile zu erzeugen. Er beschwört folgenden Konflikt herauf: Fanny, eben noch Varietätistin, ist durch die Heirat mit einem Vord zur Lady Fanny geworden. Seine Lordschaft besitzt auf seinem Schloß eine Zwöfpfige Dienerschaft, allesamt einer Familie Bennett angehörend. Lady Fannys Aufgabe, sich bei dieser hochmütigen Gesellschaft Respekt zu verschaffen, wird durch die tragische Tatsache kompliziert, daß der Oberlakai ihr Onkel ist. Die Diener erziehen die Herrin, statt umgekehrt. Die Bennetts nehmen ihre neue Herrin solange in scharfe Zucht, bis sie die Geduld verliert und die ganze Gesellschaft entläßt. Inzwischen hat aber auch der Zuschauer die Geduld verloren, weil ihm die teilweise neakische, teilweise üblich moralische Behandlung des sozialen Problems auf die Nerven gegangen ist.

Vielleicht hätte das Stück in anderer Besetzung eine halbwegs lustige Wirkung erzielt. Das Theater am Schiffbauerdamm stellte als Lady Fanny Tilla Durieux herauf, die ihrer Rolle so wenig ähnlich war, wie Jerome dem Bernard Shaw. Sie spielte eine große Dame und ließ die Bescheidenheit, das verwunderte Schamgefühl in ihre neue Stellung, das Schelmische, was für die Rolle unbedingt notwendig war, vollkommen vermissen. Sie brillierte mit ihrem alten Trick, durch große Mimik, Modulation einer wenig klugschönen Stimme und tragische Gesten nach Effekten zu haschen. Auf die Art wurde die Geschichte noch unmagischer, als sie im ganzen Stück angelegt war. Max Adalbert versuchte den Oberlakai Bennett durch seine bekannte Trockenheit lustig und lebendig darzustellen. Aber hierbei mangelte es so sehr an der vor-gezeichneten Rolle, daß auch er nicht frohe Laune hervorzaubern konnte. Das schleppende Tempo, das der Regisseur Friedrich Lobe nicht hatte bannen können, kam natürlich dem langatmigen Lustspiel auch nicht zugute.

Die Schwertzeuge der Pflanzen. Die in jüngster Zeit gemachten Entdeckungen des indischen Gelehrten Jagadis Chandra sollen die schon von anderen aufgestellte Hypothese, daß die Pflanzen und die Bäume Schwertzeuge besitzen, in überraschender Weise bestätigen. Wie das aber auch sein mag — so liest man in der „Sunday Times“ — sicher ist, daß die Versuche des Indiers hochinteressant sind. Nach etwa dreißig vergeblichen Experimenten ist es Jagadis Chandra endlich gelungen, ein Instrument, das er „Ueberretina“ (Retina ist die Reithaut des Auges) nannte, zu erfinden. Mit dessen Hilfe kam er die elektrischen Strahlen oder elektrischen Wellen, die die Wissenschaft unter dem Namen „unsichtbares Licht“ kennt, sichtbar werden lassen. Der Beweis für ihr Vorhandensein und ihre besonderen Eigenschaften wurde möglich gemacht und erbracht durch die Tatsache, daß jene Wellen von manchen Körpern aufgenommen, von anderen aber zurückgewiesen werden. Bei den von Jagadis Chandra gemachten Versuchen konnte man die vollständige Transparenz eines dicken Buches feststellen; durchsichtig werden auch Kohle und Kohleprodukte; Wasser dagegen wird nicht beeinflusst und bleibt undurchsichtig. Dieses geheimnisvolle „unsichtbare Licht“, das ohne die von dem indischen Gelehrten konstruierten Instrumente allen Menschen und Tieren unbekannt bleibt, soll von der Pflanzenwelt vollkommen wahrgenommen werden, so daß man berechtigt wäre, von einem Schwertzeug der Pflanzen zu sprechen.

Eine Stadt ohne Männer. In der englischen Grafschaft Essex gibt es ein Städtchen namens Lawford, dessen Verwaltung ausschließlich in den Händen von Frauen liegt. Aber nicht nur sämtliche öffentlichen, sondern auch alle privaten Unternehmungen werden nur von Frauen betrieben. So gibt es einen weiblichen Bürgermeister, einen weiblichen Postmeister, zwei weibliche Briefträger, einen weiblichen Badermeister, einen weiblichen Schuhmachermeister usw. usw. Dabei fehlt es in Lawford keineswegs an Männern. Sie sind jedoch übereingekommen, den Frauen ganz das Feld zu überlassen. Sie selbst gehen in der näheren und ferneren Umgebung ihren verschiedenen Beschäftigungen nach, weil sich hierbei angeblich beide Teile besser stehen. Diese Art von Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern stellt etwas Neues dar. Sie bewährt sich jedoch angeblich vorzüglich, und die Männer von Lawford und ihre tüchtigen Frauen sind daher entschlossen, sie auch in Zukunft beizubehalten.

Amundsens Vortrag im Großen Schauspielhaus beginnt heute um 6 Uhr.

Im Ossugmuseum bricht Donnerstag, 8 Uhr, Susanne Trautwein über „Romantische Erzählungen“.

Herrnfeld-Theater. Das Theater in der Bülowstraße eröffnet völlig renoviert am Sonnabend seine Winterjahren mit der Komödie „Was tut sich im Saporeo“.

Das Rhein-Mainische Marionetten-Theater, das die Wiederbelebung des Goetheischen Kinder-Theaters mit Märchen-Bildern von Böckl und dem alten Puppenspieler Dr. Faust betreibt, gastiert in der Urania unter Leitung von Waldemar Hecker. Nachmittags werden Stücke, die sich besonders für die Jugend, ebenso solche, die sich für Erwachsene eignen, gegeben.

Für den großen Zirkus Orchesterkonzerte, den Oskar Fried mit dem Berliner Sinfonie-Orchester am Sonntag leiten wird, wurde schon für die ersten 12 Konzerte ein Abonnement in zwei Preisen A und B angelegt.

„Der Sumpf der Zweideutigkeit“.

Oder: Die doppelte Buchführung der KPD.

Die Berliner kommunistische Parteiorganisation ist in vollem Aufbruch. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht die „Rote Fahne“ in den höchsten Tönen der Entrüstung auf die Niederträchtigkeit der Berliner Opposition hinweist. Unfreiwillig malt sie ein Bild von den kommunistischen Agitationsmethoden, wenn sie sich über die Opposition in ihren Reihen beschwert. Die KPD-Zentrale schildert nur sich selber, wenn sie schreibt:

„Die gefährlichste Methode der Distinktion sind jene kleinen Tricks, jenes Demagogentum, die allem Politikanten eigen sind, wie wir sie gestern bereits an einigen Resolutionen nachgewiesen haben. Jene Methode, wo man mit vagen Andeutungen bzw. mit geschickten Entstellungen und Verschleibungen der Tatsachen verfährt, die Grundlage der Distinktion zu verschleiben, den Begriffen und Streitpunkten einen anderen Sinn zu unterstellen, als den sie haben. Jene Methode der Schlaubild, List, Verschlagenheit, Betrug und Lüge, wie sie im Parteienkampf der Bourgeoisie üblich sind, um einander den Rang abzulaufen. Das sind Methoden, die innerhalb der Partei (innerhalb der Arbeiterbewegung) sind sie natürlich erlaubt! Die Red. auf das entschiedenste abgelehnt werden müssen. Der offene Brief der Komintern hat denn auch mit großer Vorsicht und Zurückhaltung diese Methode an den Stellen, wo sie innerhalb der Partei aufgetaucht sind, gekennzeichnet, durch die Bezeichnung der Raslowitscher-Gruppe als die „Politik der doppelten Buchführung“. Zweifellos kann man jetzt schon von einer „Fraktion der doppelten Buchführung“ sprechen.“

Die radikalen Berliner Genossen haben offenbar die Absicht, den befohlenen Rückzug mit dem Kommando „Rechts schwert, links marsch!“ nach Krakau zu sabotieren. Der Berliner Zentralvorstand hat eine neue Resolution angenommen, in der er zwar verspricht, den Brief des Ekki zu befolgen, im übrigen aber deutlich zu verstehen gibt, daß er nach wie vor sich zu den „Linken“ zählt. Die „Rote Fahne“, die sonst so sehr für „Ranöver“ eingenommen ist, hat für diese Ranöver gar nichts übrig.

„Warum aber oder zu welchem Zwecke diese Ranöver? Das ist doch gar zu durchsichtig. Man will mit dem Rückzugsmarsch vor den Mitgliedern den Boden nicht unter den Füßen verlieren, um von dieser Position aus, die man hält, erneut und organisiert gegen die Komintern vorzugehen. Dieser Kriegssplan ist gar zu durchsichtig. Die Sappen und Laufgräben, die man inzwischen ganz systematisch in die einzelnen Bezirke und Mitgliederkreise hineintribt, sind zu offensichtlich, um diese Ranöver nicht zu verstehen. Diese Taktik ist natürlich ein Ranöver gegen die Exekutive und die Sammlungsleitung, die bereits vom 17. Bezirk ausgehen ist, zeigt gar zu deutlich, wie der weitere Stellungskrieg verlaufen soll.“

Der Zweck dieser Ranöver ist ganz klar: die klare Fragestellung der Komintern soll vor der Mitgliedschaft mit einer unklaren, irreführenden Antwort erledigt werden. Dieses Ranöver ist hundertmal gefährlicher, als wenn z. B. ein einfaches Parteimitglied oder eine Parteigruppe oder gar ein ganzer Verwaltungsbezirk Forderungen und Forderungen des Offenen Briefes für falsch halten und ihre Meinung offen aussprechen. Diesen Genossen und diesen Parteiorganisationen ist es Ernst um die Partei. Sie ringen ehrlich um die richtige Taktik, sie können im Verlaufe der Diskussion, vielleicht erst nach längerer Zeit, aber sie können überzeugt werden, daß der Standpunkt der Komintern der richtige ist. Aber jene Genossen, die mit Tricks und Ranöverchen in dieser ernsten Situation in die Parteidebatte hineingehen, mit 40 Prozent Ja, mit 60 Prozent Nein, und glauben damit einer klaren Entscheidung ausweichen zu können, diese Genossen führen eine Distinktion der Verfauschung der Partei.“

Man kann gespannt sein, ob es der neuen KPD-Zentrale gelingt, den radikalen Berliner Zentralvorstand aus dem Sattel zu heben. Eine leichte Arbeit wird das nicht sein. Denn nach der Abhängigkeit dieser „Linken“ steht vor der neuen KPD-Führung die Frage: „Was nun?“ Die Schicksalsfrage des deutschen Kommunismus, wie er aus seiner hoffnungslosen Isolierung herauskommen soll, wird die neue Zentrale weiter nach rechts drängen und sie zwingen, mit ihrer eigenen „Politik der doppelten Buchführung“, die sich zunächst innerparteilich in einem unklaren und verworrenen Zentrumstrukturs äußert, für den das schöne Wort „bolshewistische Linie“ nur eine hohle, leere und nichts sagende phrasenhafte Umschreibung ist, Schluss zu machen und offen zum Ausdruck zu bringen, daß sie restlos auf die Linie von 1921 zurückgehen will. 1921 hat aber die KPD eben wegen solcher Tendenzen erst die „Seiten“ hinausgeworfen, dann eine heftige Parteikrise durchgemacht, um schließlich unter dem Branderturs bis unmittelbar vor die Tore einer Spaltung zu gelangen, deren Perfektwort nur durch die Ruhrbesetzung und die Folgen der Währungsnotkatastrophe verhindert wurde. Dem Abschlagen der „Linken“ in der KPD stehen die allergrößten persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten entgegen. Aber selbst wenn es gelingen sollte, taucht ein neuer Berg unüberwindlicher Hemmnisse für die „einzige Arbeiterpartei“ auf. Die Kommunisten werden noch sehr viel miteinander „diskutieren“ müssen, ehe sie wissen, was sie eigentlich wollen. Und bei dieser Diskutiererei wird die Anziehungskraft des Kommunismus ganz gewiß nicht wachsen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Endgültiger Vertrag oder Provisorium?

Gemäß der im Juli d. J. getroffenen Vereinbarung, wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Delegationen im Auswärtigen Amt zu Berlin wieder aufgenommen. Von beiden Seiten wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, möglichst bald zu einer Verständigung zu gelangen, wobei der deutsche Bevollmächtigte Lewald betonte, daß auf deutscher Seite der Abschluß eines definitiven Handelsvertrages angestrebt werde, während der polnische Bevollmächtigte Gzellensz Prodnowski den Abschluß eines Provisoriums als Vorstufe zum definitiven Handelsvertrag vorschlug. Der deutsche Bevollmächtigte Lewald wies unter anderem auf die große Bedeutung einer befriedigenden Regelung der Fragen des Niederlassungsrechtes und der Zollbindungen hin. Zum Schluß wurde vereinbart, vor Beginn der offiziellen Kommissionsitzungen im Wege unerbittlicher Besprechungen zwischen je zwei von beiden Bevollmächtigten ernannten Vertretern das aus den früheren Verhandlungen vorliegende Material zu prüfen und eine Klärung der bestehenden Differenzpunkte vorzubereiten.

Die Wahlen zum ersten memelländischen Landtag finden, wie uns mitgeteilt wird, nunmehr bestimmt am 19. Oktober statt. Von litauischer Seite wird fieberhaft gearbeitet, um ein im großlitauischen Sinne günstiges Resultat zu erreichen. Ob mit gutem Erfolge, sei dahingestellt, denn auch die deutsche Seite, die ein hervorragendes Interesse daran hat, die Kulturfaktoren, die nun einmal durch jahrhundertelange Gewohnheit Heimatrecht im Gebiet erlangt haben, nicht auszulöschen, ist rührig und dürfte immerhin ein bedeutendes, wenn nicht das bedeutendste Wort auch in Zukunft mitzureden haben. — Da Litauen sich als moderne demokratische Republik ansieht, ist die Festlegung des Wahltermins auf einen Montag immerhin etwas auffällig.

Indianer von einst.

Die Ureinwohner Amerikas sind jetzt wieder einmal in einem Berliner Zirkus zu sehen. Der „älteren Berliner Jugend“ ist das jedoch nichts Neues. Schon vor etwa 30 Jahren trat in dem „Eisernen Zirkus“, der sich in der Nähe des Bessing-Theaters befand, eine große Truppe Rothhäute auf, die fast ein ganzes Abendprogramm ausfüllten. Kinobesuch gab es damals noch nicht und so führte man auch die Schulen dahin. Vieles wußte man ja schon von den Indianern, aus den Schmökern und aus dem „Lederstrumpf“, aber was man da sah, übertraf alle jugendlichen Erwartungen. Da wurde auf die Weichen mit Rossen Jagd gemacht, die Gefangenen skalpiert, an den Marterspahl gebunden und zu ihren Füßen ein Feuerchen angezündet. Dann wurden die Tomahawks nach den an den Marterspahl gebunden geworfen, und sie grausam gepeinigt. Das alles hatte auf uns Jüngens keine Wirkungen nicht verfehlt. Schon am anderen Tage zeigten uns einige Mitschüler ihre Rossen, die sie sich um den Leib gebunden und unter der Jacke versteckt hatten. Das ließ den anderen keine Ruhe mehr. Ritters Waschleine wurde heimlich vom Boden geholt und um ein mächtiges Ende länger gemacht. So kam einer nach dem anderen mit dem Lasso um den Leib in die Schule. Nach Schluß wurde dann das Seil so lange über dem Kopfe geschlungen und geschleudert, bis wir regelrecht die Kunst des Einfangens gelernt hatten. Dem so Betroffenen legte sich ahnungslos das mit Blüheschnelle geworfene Seil um den Hals und er wurde zu Boden gerissen.

Das Trapper- und Indianerspiel war unter den Jüngens in höchster Blüte. Mit einem riesigen bunten Federbusch um den Kopf, und bemaltem Gesicht ging es aufs Tempelhofer Feld und dann in den nahen „Wald“, wie die Hasenheide damals genannt wurde. Da wurde Jagd auf die verhassten weißen Trapper gemacht. Die modernen Feuerwaffen der Weissen, das Holzgewehr, wurde verschmäht. Eine ehrliche Rothhaut kämpfte nur mit Speer und Tomahawk. Wehe dem Trapper, der diesen Berliner Rothhäuten durch das Lasso in die Hände fiel. Er mußte an den Marterspahl, wobei es auch vorfam, daß es vergessen wurde, ihn wieder abzubinden. Auch ein kleines Feuerchen wurde dabei angezündet und einmal passierte es, daß ein Baum stark zu brennen anfing und die Feuerwehre geholt werden mußte. Die Unsitte des Bassomertens nahm so überhand, daß es von der Schule und durch die Polizei verboten wurde. Heute sind die Jüngens weniger kriegslustig. Sie sind auch nicht mehr Rothhäute, sondern Braunhäute, denn meistens spielen sie Fußball oder laufen halbnackt durch die Straßen, was sie Beischäftigt nennen.

Brandstiftung in Neu-Heiligensee?

Eine Villa vollkommen ausgebrannt.

Auf vorläufige Brandstiftung ist wahrscheinlich ein Feuer zurückzuführen, das in der vergangenen Nacht die Villa des Architekten Stelz in Neu-Heiligensee bei Tegel zerstörte. Das im Jahre 1922 erbaute Haus bestand aus 5 Zimmern und Küche und war von der Familie des Architekten Stelz allein bewohnt. Gegen 10 1/2 Uhr gestern abend nahmen die Hausbewohner und Nachbarn zu gleicher Zeit wahr, daß es im Dachgeschoß brannte und benachrichtigten die Feuerwehren des Ortes und von Tegel. Als diese eintrafen, stand der ganze Dachstuhl schon in hellen Flammen. Man hatte unterdessen an Einrichtungsgegenständen hinausgetragen, was möglich war, um wenigstens etwas zu retten. Bald brach die Decke durch, und ihre Trümmer fielen in das Untergeschoß hinein. So brannte die ganze Villa aus. Erst um 4 Uhr morgens konnten die Wehren nach den erforderlichen Aufräumarbeiten wieder abziehen. Weil man gleich Brandstiftung vermutete, so wurde die Sonderkommission der Kriminalpolizei benachrichtigt. Kriminalkommissar Hermann begab sich mit mehreren Beamten an die Brandstelle, um sofort die Ermittlungen aufzunehmen. Die Untersuchung ergab bereits gewisse Verdachtsmomente, die augenblicklich noch nachgeprüft werden.

Von der Turmwache der Emmauskirche wurde gegen 3 1/2 Uhr früh ein Feuer in der Nähe des Grundplatzes gemeldet. Es ergab sich, daß es auf dem Grundstück Stallgärtnerstraße 29 in einem Fabrikbetrieb im 4. Stock des 2. Quergebäudes brannte. Die Feuerwehr rückte unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp aus. Um 5 1/2 Uhr war das Feuer, das auch den Dachstuhl ergriffen hatte und zunächst auch auf Nachbargebäude überzugreifen drohte, gelöscht. Brandstiftung liegt hier nicht vor. Das Feuer ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß ein Ofen mangelhaft gelöscht worden war.

Wahlorgen der Kommunisten.

Die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Kreuzberg verhandelte über mehrere wichtige Anträge, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht waren. Ein Antrag forderte vom Bezirksamt schnellste Vorbereitungen zur Belieferung der Rentenempfänger mit Brennstoffen und Lebensmitteln. Genosse Wanski wies auf die Notwendigkeit rechtzeitiger Maßnahmen hin, die zum Schutz der Rentenempfänger gegen Hunger und Kälte dienen können. Stadtrat Jachow ver sprach die nötigen Schritte vom Bezirksamt, doch müsse man wegen der erforderlichen Mittel auf Magistrats- und Stadtverordnetenbeschlüsse warten. Die Kommunisten schwanden, unser Antrag sei auf Stimmengang für die Wahlen berechnet. Sie verrieten hiermit nur ihre eigene Sorge um den Ausgang der Wahlen. Im Schlußwort sagte ihnen Genosse Wanski, daß mit kommunistischen Reden den Rentnern nicht geholfen ist. Der Antrag ging an einen Ausschuss. Ein anderer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte, das Bezirksamt solle unverzüglich ausreichende Schritte einleiten, der täglich wachsenden Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten. Gen. Kraay schilderte die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Rot des Heeres der Arbeitslosen und auch der vielen „Ausseher“. Die Gemeinde müsse Staat und Reich auf die Gefahr dieser Zustände aufmerksam machen. Bürgermeister Kahle gab eine Darlegung der schwierigen Wirtschaftslage, die eine Nachwirkung des Krieges ist und infolge der Zoll- und Steuererhebung noch drückender empfunden wird. Er betonte, daß wir wieder zu einer produktiven Erwerbslosenfürsorge kommen müssen. Stadtrat Gottschall bedauerte, daß viele Arbeitgeber jetzt, um zu sparen, Facharbeiter auf die Straße setzen und dafür billigeren Ungelernte einstellen. Das Bauamt des Bezirks wolle Arbeit schaffen und wegen der Mittel auf den Magistrat einwirken. Die Kommunisten ergingen sich wieder zur Freude der rechtsstehenden Parteien in Anrempelungen der SPD. — und die Schimpfkanonade des kommunistischen Redners Gehlmann endete dann mit der üblichen Mahnung zum Zusammenschluß der Arbeiter. Der Kommunist Kintors bemühte sich, auch diesen Antrag unserer Genossen wieder als „Wahlsache“ hinzustellen. In der Hitze des Gefechts entfuhr ihm das Geständnis, das Verbot der Kommunisten habe keinen Zweck. „Gerode“ nannte er selber es in ungewollter Selbstkritik; er erntete schallende Heiterkeit. Im Schlußwort hielt Genosse Kraay den kommunistischen Einheitspredigern vor, daß gerade sie ihre Macht darangelegt haben, alles zu ruinieren. Daß es jetzt mit den Kommunisten vorbei ist, wird sich bei den Wahlen zeigen. Unser Antrag auf Herbeiführung von Maßnahmen zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit wurde angenommen. Zwei vom Genossen Grün begründete Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wandten sich gegen gesundheits-schädigende Uebelstände, die in der Nachbarschaft der Ledertabrik Salomon (an der Vohlmühlenstraße) und des Ledepfahrs Kettelhauer (am Landwehrkanal) als sehr

lästig empfunden werden. Die Beschwerden, mit denen sich (wie Stadtrat Dr. Besack berichtete) auch das Bezirksamt schon beschäftigt hat, sollten in einem Ausschuss geprüft werden. Dieser wird auch Stellung nehmen zu der in dem Antrag unserer Genossen gegebenen Anregung, auf dem von Kettelhauer benutzten Gelände einen Spielplatz zu schaffen. Der Deutschnationale Schulz meinte allerdings, das sei nicht nötig, in der Nähe habe man ja den Trepotower Park. Daß er dabei die Leistungen des Bezirksjugendamtes anerkannte, sei hier registriert. Aber seine eigene Stellungnahme zu dem Spielplatzbedürfnis der Jugend des Südostens läßt leider viel zu wünschen übrig.

Ueberfall auf einen Kriminalbeamten.

Am Donnerstag früh um 1/5 Uhr wurde der Kriminalassistent Erdmann auf dem Grundstück Salzburger Str. 4 zu Schöneberg von Einbrechern angefallen und schwer mißhandelt. Einbrecher, die zunächst verhaftet hatten, in das Nebenhaus Nr. 5 einzudringen aber durch einen Hund gestört und vertrieben worden waren, wandten sich jetzt dem Hause Nr. 4, ebenfalls einem Beamten-Wohnhause zu. Erdmann, der sie beobachtete, ging um die Ecke herum, um von der Martin-Luther-Straße an sie heranzukommen. Er stieg hier über einen Zaun und überraschte die Verbrecher auf dem Hofe des Hauses. Sobald sie ihn sahen und seinen Ruf „Hände hoch!“ hörten, schossen sie auf ihn und machten ihn durch einen schweren Schuß in den linken Oberarm kampfunfähig. Dann fielen sie sofort über ihn her, verletzten ihn mit einer Brechstange einen wichtigen Hieb über den Kopf und traten ihn, während er am Boden lag, mit den Stiefeln in den Unterleib. Bevor die durch den Lärm erwachten Hausbewohner zu Hilfe eilen konnten, ergriffen die Einbrecher die Flucht und entkamen. Der Ueberfallene wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Nach den kurzen Mitteilungen, die der schwerverletzte Beamte bisher machen konnte, hat er mit den Verbrechern 6 bis 8 Schüsse gewechselt. Auf die Ergreifung der Verbrecher wird von der Kriminalpolizei eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin, Zimmer 103 des Polizeipräsidiums und an das Polizeiamt Schöneberg.

Japanische Flieger auf dem Flug nach Berlin.

Die auf dem Flug durch Asien und Europa befindlichen zwei japanischen Flieger starteten heute vormittag 8 Uhr 15 Minuten auf dem Königsberger Flugplatz zum Weiterflug über Danzig und Stettin nach Berlin. Eines der Flugzeuge mußte nach kurzer Zeit wegen eines Motordefektes wieder auf dem Flugplatz landen.

Die Flieger mittags um 1 1/2 Uhr noch nicht in Berlin.

Die Flieger wurden auf dem Tempelhofer Feld erwartet. Gegen 12 Uhr traf der japanische Botschafter Honda auf dem Tempelhofer Felde ein und begab sich alsbald zu der bereitstehenden Maschine des Aero-Klubs, mit der er dann dem von Danzig-Stettin erwarteten japanischen Flugzeug entgegenflog. Von der Stadt Berlin war inzwischen der Vorsitzende des Ausschusses der Flughafen-Gesellschaft, Stadtbaurat Dr. Adler, erschienen. Bis gegen 1 1/2 Uhr war der japanische Flieger noch nicht eingetroffen, ebenso lagen keinerlei Nachrichten von seinem Verbleib vor. Dagegen war aus Königsberg gemeldet worden, daß das zweite japanische Flugzeug um 1 Uhr nach Berlin starten werde.

Oeffentliche Gesundheitspflege.

Auf der Jahresversammlung des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“, die soeben in Bonn abgehalten wurde, hielten die Professoren Sellheim, Halle und Göt. Bonn die erweiternden Referate über die „Anderungen in der Konstitution des Volkes im letzten Jahrzehnt“. Die Zusammensetzung unserer Bevölkerung hat sich — abgesehen von der Abnahme durch Gebietsverlust — tiefgreifend geändert durch die Kriegsverluste und den Kriegsgesundheitszustand. Bedenklich ist die Verschlechterung der Konstitution durch die Ausbreitung der Sphilitis; das größte Uebel stellt die Durchsehung weiter Volksschichten mit Tuberkulose dar. Die Frauen haben unter den Kriegs- und Nachkriegswunden noch mehr zu leiden gehabt als die Männer. Unter größter Schwierigkeit und Entbehrungen brachten die Mütter während der schlimmsten Jahre trotzdem ihre Kinder in recht gutem Zustande zur Welt. Danach waren die kleinen Erdenbürger aber in hohem Grade den Schädlichkeiten der durch den Krieg veränderten Außenwelt ausgesetzt. In noch stärkerem Maße hatten diejenigen Kinder zu leiden, die als Kleinkinder oder Schulkinder in die Kriegszeit eintraten. Immerhin ist jetzt von den Hungerfolgen nicht mehr viel zu verspüren. Ob das Keimplasma der Kinder geschädigt worden ist, wird sich erst in zwei bis drei Jahrzehnten herausstellen. Die wissenschaftlich ermittelten und statistisch erwiesenen Angaben der beiden Redner, Kliniker von gutem Rufe, wirkten vielfach geradezu erschütternd und stellten eine furchtbare Anlage gegen die Kriegsheiler von damals wie heute dar; leider vermehrte man aber jede Stellungnahme zu geeigneten Vorkehrungsmaßnahmen, jeden Hinweis auf den Pazifismus. Dadurch wurde die Fruchtbarkeit der Vorträge arg beeinträchtigt.

Dr. Schnell, Stadtrat in Halle, sprach über „Körperliche Erziehung“, die heute notwendiger sei denn je, namentlich für die Jugendlichen in der Zeit des sexuellen Heranreifens. Dr. Schnell verlangte für alle Schüler eine tägliche Turnstunde als Pflichtfach und verworf das „Zehminutenturnen“ als ungenügenden Ersatz. Viele Menschen glauben immer noch, der Körper sei gewissermaßen nur ein „Stativ für das Gehirn“. Mit solchen Auffassungen muß aufgeräumt werden. Voraussetzung für die Einführung der täglichen Turnstunde ist aber die Vertiefung der Vorkenntnisse hinsichtlich biologisch-hygienischer und praktisch-gymnastischer Durchbildung. Als Lebensstätten müssen Freizeite und Hallen weiter errichtet werden; jedoch macht der gegenwärtige Bestand an Lebensstätten wenn auch noch nicht die volle Durchführung, so doch den organisatorischen Beginn des körperlichen Erziehungsprogramms möglich. Viele Forderungen Dr. Schnells decken sich erfreulicherweise mit denen unserer Arbeitersportler.

Professor Kruse, Leipzig forderte in einem Referat über „Rassenhygiene und Volkshygiene“ u. a. die Errichtung behördlicher Eheberatungsstellen. Sonst fühlte er sich noch veranlaßt, einige nationalistische Ausführungen bezüglich der Slawen und Ostjuden zu machen und Fragen zu erörtern, die weder mit dem Thema noch mit Wissenschaft etwas zu tun hatten. In der Diskussion traten ihm in entsprechender Weise die Genossen Stadtrat Dr. Landsberg, Breslau und Stadtrat Dr. Neumann, Reuminister entgegen.

Einen interessanten Vortrag über „Technik und Hygiene im heutigen Städtebau“ hielten Oberbaurat Dr. Arny, Köln und Beigeordneter Spögen, Bonn. Sie verlangten eine energische Förderung des Wohnungsbaus und betonten die Notwendigkeit der Beschränkung auf kleinere Zimmerflächen. Bei der Knappheit der Mittel müsse man danach trachten, möglichst vielen Familien eine heimliche Stätte zu schaffen; daher sei es nötig, daß der Einzelne zugunsten der großen Masse der wohnungshungrigen Bevölkerung auf jeden Luxus und Ueberflus beim Wohnungsbau verzichte. „Am so! Es folge die Tat! Dann wäre ein Stück praktischer Menschendünne vollbracht!“

Dr. med. Alfred Korach

Genosse August Pohl, der gestern seinen 70. Geburtstag begehen konnte, bittet, allen Parteigenossen und Freunden, besonders aber den Genossen des 3. Kreises und dem Gesangsverein, für die ihm zufließenden Glückwünsche auf diesem Wege seinen Dank abgeben zu dürfen.

Gewerkschaftsbewegung

Gewitterstimmung in den Verkehrsbetrieben. Schiffen, Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung.

Die niedrigen Löhne in den Verkehrsbetrieben Berlins sind durch...
...und die Arbeiterbewegung...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Rascher bei der Hand als mit Lohnerhöhung ist die „notleidende“...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Ein Dorn im Auge der Betriebsleitung war es, daß aus dem...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Dienstverlängerungen — die Arbeitszeit beträgt schon...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Dagegen ist die Hochbahngesellschaft stumm, wenn es gilt, Be...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Berliner Eisenbahner.

Der Einheitsverband der deutschen Eisenbahner hielt gestern...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

In seinem Referat ging der Berliner Bezirksleiter Dressel...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

In dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

punkt durchzusetzen. Aus diesen Gründe habe sich die Ver...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

An der regen Diskussion trat ein Mitglied des Freien...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Reichsarbeiter und der Schiedspruch.

Da die BS.-Korrespondenz über die Beweggründe, die die am...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Lohnregelung für die Reichsarbeiter sieht keine Ortszulagen...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Da der Schiedspruch in dieser Beziehung sich von dem Schieds...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Mißstände bei der Mehlabfuhr.

Eine Erklärung der Fuhrherren-Innung.

Im Berliner Mehlabfuhrergewerbe kam es am 14. September...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Eingeweihten ist seit langem bekannt, daß in der Mehlabfuhr...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Fuhrherren-Innung hat die feste Absicht, die eingerissenen...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Internationales Bergarbeiterkomitee.

Richtlinien des Verhaltens von Cook.

Brüssel, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Inter...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

In der Sitzung wurde auch die Frage der Abordnung nach...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Zentralverband der Maschinen- und Heizer, Gehilfenvereine Groß-Berlin...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Achtung, Zimmerer! Heute, Donnerstag abend 7 Uhr, „Ankerhalle“...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Wirtschaft

Bergendung und Betriebskonzentration. Ein interessantes Bei...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Billiger Kalk für die Landwirtschaft. Die deutschen Stickstoff...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Genossenschaftliche Milchversorgung. Nachdem der Magistrat in...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Erneute Stilllegungen ostpreussischer Grubenbetriebe. Für...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Ein Genossenschaftsrat in Bulgarien. In Bulgarien ist ein Ge...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Arbeitersport.

Fouriten Berlin „Die Naturfreunde“ (Zentrale Wien), Vkl. Franzlauer Berg...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Sport.

Länderkampf Dänemark-Deutschland.

Die im Rahmen der Jugend-Spiel-Sport-Ausstellung in der...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Fliegengewicht: Schulz (Deutschland), Bantam...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Die Entscheidung im Weltgewicht rief minutenlanges Lärmen...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Ostermann...
...die Beschlüsse der Reichsbahnverwaltung...

Ich der Meister Sandukez pflanze
MESSMER'S Hochland Tee

A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganhoferstr. 1
und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
Lehrgänge. — Fernspr. 1 Neukölln 1063.

Berliner Töpferhütte
G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband so-
zialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpfer-
arbeiten. Neue Ofen und Re-
paraturen in guter und preis-
werter Ausführung. — Kosten-
lose heiztechnische Beratung.

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Exportpreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Nobisplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungsvereinfachung
Telephon: Alexander 4112

Zähne Kronen :: Plomben
Brücken :: Gebisse
gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis med. Wolf, Potsdamer Str. 55
Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. Bismarckstr.

tepp- u. Daunendecken
am preiswertesten, besten Material. Garnt.
Bernhard Frenckmann, Berlin
Wolffstr. 72 (Untergrundbahn Silesische)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Zeughausstr.
und Westen, Nikolaiburger Platz 2, Ecks Trautmannstr.
Reparat. jed. Art. Preisliste gratis.

Auf Teilzahlung Herren- u. Burschen-Garderobe
Gummimäntel f. Damen u. Herren / Winter-
Ulster / Winter-Rockpaletots / Übergangs-
Mäntel / Manchester-Sportanzüge / Wind-
jacken / Rosen aller Art
Spezialhaus für Herren- und Burschenbekleidung
Neue Schönhauser Str. 1, 1
Ecke Weimelerstraße
Vorzug dieses Inserats erh. 5% Rabatt

Adolf Hoffmann Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Gänsefedern
Willy Mansuffel, Neutreibin
(Caden) Gänsefedernfabrik

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neues Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr